

Rudolf Hickel

Diätpaket der Bundesregierung:

Zwischen Lobbypolitik und Schuldenfalle

Die Diät für den Bundeshaushalt sieht im kommenden Jahr eine Entlastung von 11,2 Mrd. € und bis 2014 von über 80 Mrd. € durch Ausgabenkürzungen und wenige Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen vor. Anstatt die Finanzierungserfordernisse eines handlungsfähigen Staats zu vermessen, ordnet sich die Bundespolitik geradezu monoman der Schuldenbremse unter. Sie ist nach dem Scheitern der Föderalismuskommission II ins Grundgesetz aufgenommen worden. Mit diesem Verfassungsrang soll wohl die Alternativlosigkeit der Finanzpolitik diktiert worden. Die Schuldenbremse sieht vor, dass der Bund – abgesehen von einer konjunkturellen Komponente – ab 2016 nur noch 0,35% des Bruttoinlandsprodukts an Neuverschuldung zur Finanzierung in Anspruch nehmen darf. Die Länder müssen ab 2020 die Nullverschuldung erreichen. Gegenüber mehr als 80 Mrd. € des Bundes in diesem Jahr sind das 2016 nur noch knapp 10 Mrd. € an Neuverschuldung zulässig. Diese Schuldenbremse droht zum Verhängnis einer zukunftsorientierten und gesamtwirtschaftlich verantwortlichen Finanzpolitik zu werden. Nach den sehr unterschiedlichen Ursachen der Staatsverschuldung wird nicht mehr gefragt. Vor allem die in konjunkturellen Krisen wichtige Funktion der öffentlichen Kreditaufnahme zur Finanzierung etwa von Zukunftsinvestitionen wird völlig unterschätzt. Damit hat die neoklassische Verdrängung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge zwischen der Politik öffentlicher Haushalte und der Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie der Nachfrage nach Arbeitskräften Eingang in die Verfassung gefunden. Klar ist, dass diese Schuldenbremse zur schweren Belastung für die Gesamtwirtschaft und den davon abhängigen öffentlichen Haushalten führen muss. Vergleichbar einem Rennen zwischen Hasen und Igel steigen am Ende die Staatsschulden, weil die Abbaumaßnahmen mit dem Ziel die öffentliche Kreditaufnahme zurückzuführen, die Gesamtwirtschaft kaputt sparen und damit Steuerausfälle ausgelöst und Krisenkosten erzeugt werden. Dieses Schicksal ist für die als größtes Sparpaket gelobte Bundes-Diät vorgezeichnet. Denn vor allem durch den Sozialabbau werden die Binnenwirtschaft und damit die höchst instabile Wirtschaftsentwicklung belastet. Bleibt es bei der Logik der Schuldenbremse, dann sind neue Einsparrunden programmiert.

In dieser höchst labilen konjunkturellen Phase muss der Staat anstatt des Kaputtsparens den Mut aufbringen, gesamtwirtschaftlich, sozial und ökologisch erfolgreich gegenzusteuern.

Während sich die Bundesregierung auf den konjunkturell kontraproduktiven Abbau der Neuverschuldung konzentriert, wird die Mobilisierung von Steuereinnahmen zur ordentlichen Finanzierung wichtiger Staatsaufgaben unterbelichtet. Es fehlt einerseits der Mut gegenüber den Wirtschaftslobbyisten, ökonomisch unsin-

nige Steuersubventionen zu demontieren und andererseits die Einkommensstarken sowie Vermögenden stärker in die Finanzierung öffentlicher Ausgaben einzu-beziehen. Während Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen existenziell be-drohliche Kürzungen verordnet werden, werden den Einkommens- und Vermö-gensstarken sowie den Unternehmen die „fetten Jahre“ durch weiter gezahlte Steuersubventionen und den Verzicht auf Steuererhöhungen gesichert. Warum hat die Bundesregierung ihre Fehlentscheidung im Zuge der Anwendung des er-mäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7 % für Übernachtungen mit einem jährli-chen Volumen von knapp 1 Mrd. € nicht zurückgenommen? Beim innerdeutschen Luftverkehr bleibt es bei der Steuerbefreiung für Kerosin. Auch wird die un-gerechte Entlastung der Kapitaleinkünfte durch eine Abgeltungssteuer von 25% nicht aufgehoben und wie andere Einkünfte dem Steuertarifverlauf unterzogen. Schließlich bedient die Bundesregierung ihre Einkommensstarken und Vermö-genden durch einen Verzicht auf die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45% sowie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Mit diesen Maßnahmen ließen sich wichtige öffentliche Ausgaben ordentlich über Steuern finanzieren und der Druck wachsender Schuldenaufnahme würde abgeschwächt. Die wenigen steuer-politischen Vorschläge sind nebulös, zum Teil auch unakzeptabel. Die Luftver-kehrsabgabe, die die EU beschlossen hat, wird lediglich vorgezogen. Übrigens tragen diese Abgabe nicht die Unternehmen, sondern diese wird auf die Verbrau-cherinnen und Verbraucher überwältzt werden. Die Bankenabgabe zum Aufbau eines Notfallfonds bestraft die Volksbanken und Sparkassen und stärkt den An-reiz, spekulative Geschäfte wegen der gesicherten, später notwendigen Rettung zu tätigen. Schließlich wird die geplante Finanztransaktionssteuer, die zum 1.1. 2012 auch im Alleingang durchgesetzt werden soll, nicht spezifiziert. Einnahmen aus einer Besteuerung der Brennstäbe mit geplant 2,3 Mrd. € basieren auf der Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Dagegen wäre eine Vermögens-steuer ökologisch überlegen und dazu noch verteilungspolitisch gerecht.

Dieses Sparpaket, das die Gesamtwirtschaft und vor allem Arbeitslosen ein-schnürt, erzwingt eine fundamentale Kurskorrektur für einen Staat im Dienst von Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit.

8. Juni 2010